

Entschließungsantrag

der CDU-Fraktion

zum Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE „Akzeptanz der Windenergie stärken“ (Drucksache 6/8998)

Politik mit Sachverstand: Klare Regeln für Windkraft in Brandenburg

Der Landtag stellt fest:

Das Land Brandenburg leistet mit über 3.700 Windenergieanlagen bereits heute einen großen Anteil an der Erzeugung der Windenergie in Deutschland und gehört bei der installierten Leistung deutschlandweit bereits seit Jahren zu der Spitzengruppe. Die in vielen Orten bereits erhebliche Anlagendichte und Nähe zu Wohngebäuden stößt jedoch zunehmend auf massive Akzeptanzprobleme bei einem großen Teil der Bevölkerung. Die Zerstörung von Waldgebieten, eine unzureichende oder gar fehlende Wertschöpfung durch Windenergie in den Standortkommunen sowie die Unklarheit bezüglich der Entsorgung veralteter Anlagen verschlechtern zusätzlich die Akzeptanz bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. im Zuge der laufenden Fortschreibung der Energiestrategie 2030 die Ausbauziele für die Windenergie nachzujustieren und die installierte elektrische Leistung statt der Flächengröße als Ausbauziel festzulegen, so dass der gegenwärtig festgelegte Flächenbedarf von 2 Prozent der Landesfläche substantiell reduziert werden kann. Dabei sollen Potenziale des Repowerings analysiert und bei der Zielsetzung berücksichtigt werden;
2. durch eine Überarbeitung des Windkrafterlasses vom 16. Juni 2009 darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der Regionalplanung bei der Abwägung der technischen, wirtschaftlichen, städtebaulichen und gesundheitlichen Kriterien sowie des Vorsorgegrundsatzes künftig größere Mindestabstände zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung planerisch festgelegt werden:
 - 2.1 Abstände von mind. 1.500 m bei Neuanlagen in der Nähe von reinen Wohngebieten;
 - 2.2 Abstände von mind. 2.500 m bei Neuanlagen in der Nähe von sozialtherapeutischen Einrichtungen;

- 2.3 Neuanlagen dürfen nicht genehmigt werden, wenn es durch die Errichtung dieser Anlagen zu einer Einkreisung von Siedlungsbereichen kommen würde. Eine Einkreisung besteht dann, wenn ein Windpark in einem Winkel von mehr als 120° um einen Siedlungsbereich eine deutlich sichtbare, geschlossene, den Siedlungsbereich umgreifende Kulisse umgeben würde. Die Bestandsanlagen in den bereits betroffenen Orten dürfen nicht durch Neuanlagen ersetzt werden (Repowering);
3. durch eine entsprechende Festlegung im Landesentwicklungsplan für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) die Errichtung von Windenergieanlagen im Wald zu untersagen;
 4. durch entsprechende Änderungen des Landesrechts die Hoch- und Umrüstung der Bestandsanlagen (Repowering) in Brandenburg klar zu regeln;
 5. durch entsprechende Bundesratsinitiativen und/oder notwendige Änderungen des Landesrechts für eine bessere finanzielle Partizipation der Standortkommunen an der Wertschöpfung durch Windenergie zu sorgen;
 6. Forschungs- und Pilotprojekte zur stofflichen und thermischen Wiederverwertung der einzelnen Bestandteile von Windenergieanlagen zu initiieren und zu unterstützen, um ein Know-how in diesem zukunftssträchtigen Bereich aufzubauen;
 7. einen Windatlas für Brandenburg zu erstellen, um die eigene Datengrundlage für die Windenergieerzeugung zu verbessern und den Bürgerinnen und Bürgern umfassende Informationen zu bestehenden, geplanten sowie zu den zum Rückbau vorgesehenen Anlagen zur Verfügung zu stellen. Der Windatlas ist mindestens quartalsweise zu aktualisieren.

Begründung:

Der Landtag setzt sich dafür ein, dass Brandenburg auch zukünftig ein Energieland bleibt. Dafür wird eine ausgewogene, verantwortungsvolle und weitsichtige Energiepolitik benötigt, die volkswirtschaftlicher Effizienz verpflichtet ist, aber auch die Interessen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt.

Die Landesregierung soll alle in ihrer Kompetenz liegenden Möglichkeiten ergreifen, um aktuellen negativen Entwicklungen beim Ausbau der Windenergie entgegenzuwirken. Der Verzicht auf eine starre Zielgröße von 2 Prozent der Landesfläche würde mehr Spielraum für die Anpassung der Abstandsregelungen zugunsten der Anwohner und damit einen größeren Konsens mit den Beteiligten vor Ort bedeuten.

Mit dem Repowering sollen die Bestandsanlagen verstärkt in den Fokus rücken. Dabei sollen solche Fragen wie Abstände zur Wohnbebauung (im Hinblick auf die steigende Anlagenhöhe), das Verhältnis zu den abzubauenen Altanlagen oder der Umgang mit den Einzelstandorten außerhalb der Windeignungsgebiete klar geregelt werden. Damit würde die Landesregierung trotz der weiteren Erhöhung des Windstromertrages eine signifikante Reduzierung bereits bestehender Anlagen erreichen, Innovations- und Entwicklungsanreize zur Steigerung der Anlageneffizienz für die

Industrie setzen, Wohnsiedlungen entlasten und die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes reduzieren.

Eine bessere finanzielle Beteiligung der Standortkommunen an den Erträgen durch die Windenergieerzeugung würde dazu führen, dass Bürgerinnen und Bürger messbare Vorteile durch Windenergieanlagen in ihrer Gemeinde wahrnehmen und von dem Umbau der Energieversorgung spürbar profitieren.

Der Windenergie-Atlas soll die aktuelle Übersicht über den Bestand an Windenergieanlagen, deren Leistung und deren Ertrag bieten und den Fortschritt des Windenergieausbaus dokumentieren. Dies würde die Datengrundlage aller beteiligten Akteure verbessern, den Windkraft-Wildwuchs verhindern und die Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erhöhen.

Das Windkraftanlagen-Recycling könnte einen bedeutenden Beitrag zur Rückgewinnung wertvoller Ressourcen und damit zur Ressourceneffizienz generell leisten. Bisher führt dieses Thema ein Nischendasein. Dabei werden marktfähige Anwendungen bereits in den nächsten Jahren zunehmend nachgefragt, nicht nur in Deutschland, sondern europaweit. Die Ansiedlung und Unterstützung von Forschungsprojekten in Brandenburg bietet den brandenburgischen Forschern und Unternehmen eine große Chance, eigenes Know-how aufzubauen und eine Vorreiterrolle bei innovativen Lösungen und Geschäftsmodellen rund um die Nutzung von Energie zu übernehmen.

Ingo Senftleben
für die CDU-Fraktion